

Protokoll über die Sitzung , Nr. 5/2020 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 25. Mai 2020, um 14:00 Uhr in der Stadthalle

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder Gruppe CDU/WBV

Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Mitglieder SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Beigeordneter Howard Jacques
Beigeordneter Jörg Mückenwarf
Bürgermeister Uwe Reese

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial

Beigeordnete Antje Johanna Kloster
Ausschussmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglieder Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglieder AfD-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriß
Ausschussmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Dezernenten

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination
Insa Rogel - Fachbereich Kommunikation & Koordination
Jörg Walkenhorst - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt
Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen
Jörg Engesser - Fachbereich Finanzen

Sonstige

Michael Diers - Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH
Simone Groh - Leitung Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude
Christopher Rörig – Bevenue GmbH

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|-------|--|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 29.04.2020 | |
| 4 | <u>Vorlagen an den Rat</u> | |
| 4.1 | Vorstellung Nutzungs- und Entwicklungsstudie neue Stadthalle | |
| 4.2 | Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2019 (Kernverwaltung) | 65/2020 |
| 4.3 | Ressortverteilung innerhalb der Geschäftsführung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH | 125/2020 |
| 4.4 | Beauftragung eines kommunalen Elektromobilitätskonzeptes | 44/2020 |
| 4.5 | Zertifizierung der Stadt Wilhelmshaven als fahrradfreundliche Kommune | 45/2020 |
| 4.6 | Erweiterung Küstenmuseum um einen Museumshafen | 118/2020 |
| 4.7 | Antrag Gruppe CDU/WBV: Ausdehnung des Operationsbereiches sowie ggf. personelle Aufstockung des Ordnungsdienstes der Stadt (Ordnungsamt) | 508/2020 |
| 5 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u> | |
| 5.1 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA | 108/2020 |
| 6 | <u>Mitteilungen und Anfragen</u> | |
| 6.1 | Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung | |
| 6.1.1 | Sachstand Wilhelmshavener Soforthilfen Corona | |
| 6.2 | Information finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie | |

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Becker**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schönfelder erklärte, dass die Entwicklungsstudie zum Neubau einer Stadthalle als nichtöffentliche Anlage zur Sitzung zur Verfügung gestellt wurde und der Ersteller des Gutachtens, Herr Rörig, anwesend sei, um das Gutachten vorzustellen. Herr Schönfelder beantragte daher, die Vorstellung der Studie auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Dr. von Teichman bedauerte, dass keine Vorbereitung möglich gewesen sei und bat darum, dass die Verwaltung zukünftig eher Bescheid geben soll.

Der Erweiterung der Tagesordnung wurde mit 14 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme mehrheitlich zugestimmt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 29.04.2020

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 29.04.2020 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Vorstellung Nutzungs- und Entwicklungsstudie neue Stadthalle

Herr Rörig von der Bevenue GmbH stellte die Ergebnisse der Nutzungs- und Entwicklungsstudie für eine neue Stadthalle in Wilhelmshaven vor. Er erklärte die Kernfragen der Studie und die Ergebnisse. Dabei ging es darum, was der Standort Wilhelmshaven und die Umgebung zu bieten habe, welche Ausrichtung und Größe die Stadthalle haben sollte und welcher Standort geeignet sei. **Herr Rörig** trug anschließend die Handlungsempfehlung vor. Demnach wird der Standort Banter See vorgeschlagen. Dort sollte eine Stadthalle mit einem großen Saal (ca. 1.500 m²), einem Bühnenbereich, Seminarbereich und Gastronomiebereich erbaut werden. Die neue Stadthalle sollte für Live-Entertainment, gesellschaftliche Veranstaltungen und Veranstaltungen im Businessbereich genutzt werden. Die Investitionskosten ohne Grundstück, Erschließung, Stellplätze und Außenanlage würden bei 23 bis 24 Mio. € liegen. Die Summe der Investition insgesamt werde sich auf ca. 30 Mio. € belaufen. Zum Schluss zeigte **Herr Rörig** die notwendigen nächsten Schritte auf.

Herr Becker kritisierte, dass die Studie inhaltlich nicht dem ursprünglichen Auftrag des Rates entsprechen würde.

Herr Walpurgis kritisierte, dass die Möglichkeit einer Multifunktionshalle nicht thematisiert wurde. Er sprach sich außerdem für den Standort am Sportforum aus und erkundigte sich, ob es möglich wäre einen Co-Investor miteinzubeziehen.

Herr Rörig erklärte, dass bei einer Multifunktionshalle mit 10 bis 15 Mio. € Mehrkosten gerechnet werden müsse, außerdem sei eine Multifunktionshalle aufgrund der anderen Atmosphäre für viele Künstler unattraktiv. Der Standort am Sportforum käme aufgrund der umliegenden Bebauung und der Aufenthaltsqualität eher nicht in Frage. Da Sponsoring oft auch mit Vergabe der Namensrechte verbunden sei, müsse man beachten, dass Konkurrenten des Sponsors eventuell die Stadthalle meiden würden.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich skeptisch darüber, ob die vorgeschlagene Kapazität angemessen sei. Außerdem kritisierte er die verkehrliche Anbindung des Standortes Banter See und mahnte, dass beachtet werden müsse, ob ein Gebäude in der Größe in die Umgebung passt. **Herr Dr. von Teichman** hinterfragte, ob eine private Unternehmensführung für die Stadthalle in Frage käme.

Herr Rörig erklärte, dass die Größe erforderlich sei, um die Stadthalle für die Künstler attraktiv zu machen. Er berichtete, dass in der Regel keine Stadthalle von privaten Unternehmen geführt werde.

Herr Hellwig kritisierte, dass eine Aussage zur Möglichkeit des Abrisses oder Sanierung am aktuellen Standort fehlt. Er bat Frau Groh um Informationen zu einer möglichen Sanierung der aktuellen Stadthalle.

Frau Groh informierte, dass Ende 2021 der Prüfbericht für die Stadthalle auslaufen werde. Für die Fortsetzung des Betriebes müssten nach Auffassung des Sachverständigen viele Baumaßnahmen durchgeführt werden, die Kosten hierfür würden sich auf ca. 19,4 Mio. € belaufen. Viele der Baumaßnahmen wären außerdem nicht im laufenden Betrieb möglich, so dass die Stadthalle trotzdem geschlossen werden müsste.

Herr Rörig ergänzte, dass ein Abriss der aktuellen Stadthalle und ein Neubau an diesem Standort mindestens 5 bis 6 Jahre dauern würden.

Herr Moriße lobte die Studie und teilte mit, dass die AfD-Fraktion die Bürger bezüglich des Standortes befragen möchte.

Herr Reese sprach sich dafür aus die Möglichkeit der Multifunktionshalle weiterhin zu betrachten. Es wäre fatal für sportliche Veranstaltungen lediglich die Nordfrost-Arena zur Verfügung zu haben.

Herr Oberbürgermeister Feist entgegnete, dass es kein Bedarf für eine Multifunktionshalle für professionellen Sport gebe. Es finden regelmäßig Gespräche mit den Vereinen statt und von deren Seite gebe es keine Bestrebungen nach einer anderen Halle.

Frau Bakir sprach sich für den Standort am Banter See aus.

Auf Nachfrage von **Herrn Tönjes** erklärte **Frau Groh**, dass eine Fertigstellung der Stadthalle im ersten Halbjahr 2025 realistisch sei, wenn zeitnah ein Beschluss über den Neubau der Stadthalle gefasst wird.

Herr Prof. Dr. Preuß vertrat die Meinung, dass eine Mehrzweckhalle nicht benötigt wird und der Standort am Banter See für eine neue Stadthalle sehr gut geeignet sei.

Herr Jacques betonte, dass endlich eine Entscheidung getroffen werden müsse und lobte die Handlungsempfehlung.

4.2 Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2019 (Kernverwaltung)

65/2020

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Müller erklärte, dass es sich um den vorläufigen Jahresabschluss handelt und dieser aktuell vom Rechnungsprüfungsamt geprüft wird. Durch die Prüfung werden sich noch Änderungen ergeben. Das vorläufige Jahresergebnis beträgt 4,3 Mio. € und damit sei das Jahresergebnis zum fünften Mal in Folge positiv.

Herr Engesser hielt anschließend einen Vortrag über den vorläufigen Jahresabschluss. Er stellte unter anderem die Entwicklung des Jahresergebnisses, der Kredite und der liquiden Mittel seit dem Jahr 2007 vor.

Herr Engesser hob besonders hervor, dass der Fehlbetrag aus Vorjahren zum 01.01.2020 voraussichtlich 22,7 Mio. € betragen werde und man daher auch zukünftig sparsam sein müsste. Er zeigte außerdem einen Plan-Ist-Vergleich aus dem ersichtlich wurde, dass das Jahresergebnis 0,77 Mio. € besser ausfällt, als geplant.

Herr Prof. Dr. Preuß bat um Erläuterungen zur Bilanzposition „2.4 – Transferverbindlichkeiten“.

Herr Engesser erklärte die generelle Bedeutung der Bilanzposition und stellte eine genauere Aufstellung zum Protokoll in Aussicht.

Antwort zu Protokoll:

Es handelt sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke (z.B. an Vereine, Hilfeeinrichtungen für Jugend oder Soziales) i.H.v. 0,51 Mio. € sowie um soziale Leistungsverbindlichkeiten (z.B. Kosten der Unterkunft) i.H.v. 0,64 Mio. €.

Die Verbindlichkeiten waren zum 31.12.2019 bereits angewiesen, jedoch mit einer Fälligkeit in 2020 und daher zum Jahresabschluss noch offen. Die Verbindlichkeiten wurden mittlerweile ausgeglichen.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den beigefügten vorläufigen Jahresabschluss 2019 zur Kenntnis.

4.3 Ressortverteilung innerhalb der Geschäftsführung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **125/2020**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** informierte Herr Schönfelder, dass erst in einer der nächsten Sitzungen des Rates eine Änderung der Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH beschlossen werden soll, da weitere redaktionelle Änderung in der Satzung notwendig seien. Für eine rechtssichere Ressorttrennung ab dem 01.06.2020 sei dies nicht erforderlich und das von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehen ausreichend.

Herr Reese hinterfragte, ob es sinnvoll sei, dass Herr Leinert laut Beschlussvorlage als Bau-Geschäftsführer auch für Sanierungen im alten Gebäude zuständig wäre.

Herr Schönfelder erklärte, dass ausführlich über den Umgang mit Baumaßnahmen im Bestand diskutiert wurde. Die Tätigkeitsfelder der Geschäftsführer müssten klar abgegrenzt sein und es dürfte nicht zu Interessenüberschneidungen kommen. Die klare Abgrenzung ist mit Herrn Leinert abgestimmt und ist haftungsrechtlich sinnvoll.

Herr Jacques gab bekannt, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde, da sie nicht in der Fraktion abgestimmt werden konnte. Die Beschlussvorlage sei zu spät zur Verfügung gestellt worden.

Herr Hellwig berichtete ebenfalls, dass die Gruppe CDU/WBV die Beschlussvorlage nicht besprechen konnte.

Herr Schönfelder betonte, dass eine Ressortabgrenzung rechtlich notwendig sei, da sonst beide Geschäftsführer für alle Tätigkeitsbereiche voll haften und keine Einzelvertretungsberechtigung bestehe.

Frau Glaser und **Herr Heinemann** kritisierten ebenfalls, dass die Beschlussvorlage so kurzfristig zur Verfügung stand.

Herr Prof. Dr. Preuß, Herr Moriß und **Herr Walpurgis** gaben auch bekannt, dass die jeweilige Fraktion sich zunächst enthalten wird.

Herr Dr. von Teichman und **Herr Dr. Schulte** sprachen sich für die Beschlussvorlage aus.

Herr Becker sprach sich gegen die Beschlussvorlage aus. Er sei nicht bereit diese Ressortverteilung mitzutragen und erklärte, dass er mit Herrn Keil gesprochen habe und dieser sage, die Ressortverteilung sei nicht mit ihm abgestimmt. **Herr Becker** kündigte an in der Sitzung des Rates einen Änderungsantrag zu stellen und kritisierte die kurzfristige Vorbereitungszeit.

Herr Schönfelder erklärte, dass er im nichtöffentlichen Teil dazu Stellung nehmen werde.

Herr Oberbürgermeister Feist zeigte Verständnis für den Beratungsbedarf in den Fraktionen und Gruppen, erklärte jedoch, dass die Fertigstellung der Beschlussvorlage nicht eher möglich gewesen sei.

Herr Tönjes und **Herr Becker** stimmten gegen die Beschlussvorlage.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

1. Die Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH wird angewiesen, den beiden Geschäftsführern des Klinikums nachfolgende Aufgabenbereiche (Ressorts) zuzuweisen und ihnen für ihr jeweiliges Ressort Einzelgeschäftsführungsbefugnis einzuräumen. Hierzu ist ein Geschäftsführungsverteilungsplan aufzustellen. Eine gegenseitige Vertretung im jeweiligen Ressort findet nicht statt. Beide Geschäftsführer sind trotz der Trennung der Ressorts zur vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet.

a. Ressort Geschäftsführung des Krankenhausbetriebs:

Alleinverantwortlicher Geschäftsführer Reinhold Keil mit Befugnis zur Einzelgeschäftsführung, im Aufgabenbereich vertreten durch einen Prokuristen

Alle Angelegenheiten des Krankenhausbetriebs die ambulante und stationäre Heilbehandlung betreffend über die Planung des laufenden Betriebs, die Behandlung von Patientinnen und Patienten im Krankenhaus, die Beschaffung von medizinischem und anderem zum Betrieb erforderlichen Gerät, die Finanzierung des laufenden Betriebs, die Personalverwaltung des Krankenhauses, die Kooperation mit anderen Leistungsträgern und Krankenhäusern, die Klinikum Wilhelmshaven MVZ GmbH und die KW Gesundheitszentrum gGmbH, die Bearbeitung von Rechts- und Haftungsfragen in Zusammenhang mit dem Krankenhausbetrieb

b. Ressort Baugeschäftsführung:

Alleinverantwortlicher Geschäftsführer Oliver Leinert mit Befugnis zur Einzelgeschäftsführung, im Aufgabenbereich vertreten durch einen Prokuristen

Planung und Umsetzung des Klinikneubaus (Finanzierung und Vergaben) und im bisherigen Klinikbau anfallende notwendige Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Baumaßnahmen (Umbau, Anbau, Neuerrichtung) sowie die für den Aufgabenbereich erforderliche personelle Ausstattung und Verantwortung.

2. Die Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH, die Geschäftsordnungen für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung sowie der Anstellungsvertrag des Geschäftsführers Reinhold Keil sind entsprechend anzupassen.

4.4 Beauftragung eines kommunalen Elektromobilitätskonzeptes

44/2020

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Herr Dr. von Teichman fragte, welche Rolle die GEW Wilhelmshaven GmbH bei dem Konzept spielt.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass die GEW Wilhelmshaven GmbH nicht automatisch für den Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur zuständig sei. Wenn das Konzept vorliegt, muss je nach Umfang des geplanten Ausbaus eine Ausschreibung erfolgen.

Herr Walpurgis sprach sich für die Beschlussvorlage aus.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Verwaltung zu beauftragen, einen Förderantrag für ein kommunales Elektromobilitätskonzept mit einem Schwerpunkt „Ladeinfrastruktur“ zu stellen und ein solches in Auftrag zu geben.

4.5 Zertifizierung der Stadt Wilhelmshaven als fahrradfreundliche Kommune **45/2020**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Auf Nachfrage von Herrn **Dr. von Teichman** erklärte **Herr Oberbürgermeister Feist**, dass eine „schlanke“ Aktualisierung des kommunalen Radverkehrskonzeptes geplant sei. Anpassungen sollen nur an den Stellen erfolgen, bei denen es rechtlich oder verfahrenstechnisch notwendig sei.

Herr Jacques sprach sich für die Beschlussvorlage aus.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, eine Zertifizierung als „fahrradfreundliche Kommune“ durch die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e.V.“ anzustreben und die dafür notwendigen Maßnahmen, insbesondere die Aktualisierung des kommunalen Radverkehrskonzeptes, in die Wege zu leiten.

4.6 Erweiterung Küstenmuseum um einen Museumshafen **118/2020**

Herr Dr. von Teichman warb für die Beschlussvorlage und hob hervor, dass es wichtig sei in den Tourismus zu investieren.

Auf Wunsch von **Herrn Tönjes**, zeigte **Herr Müller** kurz die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf und bot damit vorab einen Einblick in den Vortrag unter Tagesordnungspunkt 6.2.

Herr Müller wies darauf hin, dass die jährlichen Belastungen dazu führen würden, dass diese Summen zumindest nicht zum Abbau des vorgetragenen Defizits von über 20 Mio. € zur Verfügung stehen würden.

Herr Oberbürgermeister Feist berichtete, dass es Forderungen an den Bund gebe, die Defizite der Kommunen durch die Corona-Pandemie auszugleichen. **Herr Oberbürgermeister Feist** betonte außerdem wie wichtig es sei als Kommune, gerade in der aktuellen Zeit, zu investieren und damit die Wirtschaft zu stärken.

Herr Hellwig vertrat die Auffassung, dass besonders hinsichtlich der aktuellen Krise Mittel eingespart werden sollten. Die genannten finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie seien lediglich geschätzte Beträge und die tatsächlichen Folgen seien noch nicht absehbar. **Herr Hellwig** bat außerdem mit Blick auf die vergangene Sitzung des Kulturausschusses um eine sachliche und faire Diskussion. **Herr Hellwig** gab bekannt, dass die Gruppe CDU/WBV die Beschlussvorlage ablehnen wird.

Herr Jacques merkte an, dass es sich hierbei um eine einmalige Chance handelt und man die Fördermittel nicht ungenutzt lassen sollte. Die Schiffe seien ein gutes Aushängeschild für die Stadt Wilhelmshaven und der Tourismus in Deutschland werde sich in Zukunft insgesamt verändern. **Herr Jacques** erklärte, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde.

Herr Oberbürgermeister Feist führte an, dass seit 2017 das fünfte Mal über die Museumsschiffe beraten wird. Er sei zuversichtlich auch für die Kapitän Meyer eine Förderung in Höhe von 90 % zu erhalten. Es müsse jedoch endlich eine Entscheidung über den Verbleib der Schiffe getroffen werden. **Herr Oberbürgermeister Feist** bat deshalb darum, keinen Vertagungsantrag zu stellen.

Herr Prof. Dr. Preuß betonte, dass eine Hafenstadt unbedingt Schiffe haben sollte und sprach sich für die Beschlussvorlage aus.

Frau Bakir merkte ebenfalls an, dass eine Stadt am Meer zwingend Schiffe benötigen würde und man die Chance auf Fördermittel nutzen müsse.

Herr Heinemann beantragte, dass über die Punkte der Beschlussvorlage einzeln abgestimmt wird.

Herr Walpurgis teilte mit, dass er bezüglich der Beschlussvorlage noch unentschieden sei und sich daher zunächst enthalten werde.

Herr Becker erinnerte daran, dass ein Haushaltsausgleich gesetzlich verpflichtend sei und trotz der Förderung viele Jahre hohe laufende Kosten auf die Stadt zukommen. Außerdem vertrat er die Auffassung, dass bereits genügend Geld in den Bereich Kultur investiert werde.

Herr Tönjes erklärte, dass die Schiffe besser ein halbes Jahr/ Jahr ins Depot können, bevor man nun ein Exponat daraus macht und dann feststellen müsse, dass man sich den Betrieb der Schiffe nicht leisten kann.

Frau Kloster kündigte an sich bei der Abstimmung hier im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu enthalten. Sie werde jedoch in der Sitzung des Rates der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Becker rief zur Abstimmung über die einzelnen Punkte der Beschlussvorlage auf.

Punkt 1a: – mehrheitlich angenommen-
9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

Punkt 1b: – mehrheitlich angenommen-
8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

Punkt 2a: – mehrheitlich angenommen-
8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

Punkt 2b: – mehrheitlich angenommen-
9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

Punkt 3a: – mehrheitlich angenommen-
8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

Punkt 3b: – mehrheitlich angenommen-
8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

Punkt 3c: – mehrheitlich angenommen-
8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

Punkt 3d: – mehrheitlich angenommen-
8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

Punkt 4: – mehrheitlich angenommen-
8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

Beschluss: –getrennte Abstimmung–

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge
beschließen:

1. Feuerschiff Weser

- a. Das Feuerschiff „Weser“ wird bis zu einer Gesamtsumme von 1,655 Mio. € umfassend instand gesetzt. Es liegen Fördermittelzusagen des Bundes in Höhe von 1,555 Mio. € vor. Haushaltsmittel in Höhe von 1,455 Mio. € sind im Doppelhaushalt 2019/2020 bereits veranschlagt. Weitere 200.000 € werden für erwartete Preissteigerungen zusätzlich im Doppelhaushalt 2021/2022 veranschlagt.
- b. Dem Ausstellungskonzept zur Installation einer Dauerausstellung gem. des anliegenden Konzeptes Küstenmuseum (Anlage 1) wird zugestimmt. Haushaltsmittel in Höhe von 476.000 € sind im Doppelhaushalt 2019/2020 bereits veranschlagt.

2. Liegeplatz Museumsschiffe und Treppenlösung

- a. Der für die Verlegung der Museumsschiffe an den Bontekai/Nord-Gazelle-Brücke notwendige Liegeplatz wird im Rahmen der

Verkehrssicherungspflicht durch die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft instand gesetzt. Die dafür erforderlichen Mittel stehen im Wirtschaftsplan bereit.

- b. Zur Steigerung der touristischen Attraktivität wird vor die Spundwand am Übergang Bontekai / Nord-Gazelle-Brücke eine Treppe zum Wasser vorgesehen (Anlage 2). Dafür werden die im Projekt Feuerschiff für die Spundwand eingeplanten Mittel in Höhe von 779.000 € verwendet. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Doppelhaushalt 2019/2020 bereits veranschlagt.

3. Kapitän Meyer

- a. Der Tonnenleger "Kapitän Meyer" soll umfassend saniert werden. Die dafür vorgelegte Kostenschätzung in Höhe von 2,034 Mio. € wird zur Kenntnis genommen. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden im Doppelhaushalt 2021/2022 veranschlagt.
- b. Dem Ausstellungskonzept zur Installation einer Dauerausstellung gem. des anliegenden Konzeptes Küstenmuseum (Anlage 3) wird zugestimmt. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 285.600,00 werden im Doppelhaushalt 2021/2022 veranschlagt.
- c. Die Zustimmung zur Sanierung erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln in Höhe von 90 % der Investitionskosten.
- d. Die Verwaltung wird beauftragt zum Zweck der Sanierung der „Kapitän Meyer“ Fördermittel beim Bund im Rahmen der Denkmalpflege (BKM) und beim Land Niedersachsen zu beantragen.

4. Folgekosten

Die für die Folgekosten erforderlichen Mittel (Anlage 4) werden bereitgestellt.

- 4.7 Antrag Gruppe CDU/WBV: Ausdehnung des Operationsbereiches sowie ggf. personelle Aufstockung des Ordnungsdienstes der Stadt (Ordnungsamt) **508/2020**

Herr Hellwig brachte den Antrag der Gruppe CDU/WBV ein.

Herr Schönfelder berichtete, dass die geforderten Bereiche bereits vom Ordnungsdienst kontrolliert werden, jedoch nicht in geforderter Intensität. Außerdem sei zu beachten, dass die Stadt nur für den ruhenden Verkehr zuständig sei. Als zuständiger Dezernent begrüße er eine Aufstockung des Personals berichtete jedoch, dass es sehr schwer sei qualifiziertes Personal für den Ordnungsdienst zu finden.

Herr Becker hob hervor, dass mehr Kontrollen in den genannten Bereichen erforderlich seien. Er hinterfragte, ob es möglich sei bei den vorhandenen Mitarbeitern die Stundenzahl zu erhöhen.

Herr Schönfelder entgegnete, dass dies im Einzelfall geprüft werden müsse.

Herr Oberbürgermeister Feist merkte an, dass es sich hierbei um eine Aufgabe des laufenden Geschäftes der Verwaltung handelt und damit in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters fällt. Der Rat kann die Stellen im Rahmen des Stellenplanes aufstocken.

Herr Tönjes berichtete, dass der Ordnungsdienst mit der Polizei sehr gut zusammenarbeiten würde und man im Rahmen des Stellenplanes die Stellenanzahl diskutieren sollte.

Herr Walpurgis sprach sich für den Antrag aus, besonders da es zunächst lediglich um die Überprüfung einer personellen Aufstockung geht.

Herr Dr. von Teichman gab zu bedenken, dass noch viel Klärungsbedarf herrscht und mehr Informationen für eine Entscheidung vorliegen müssten. Daher stellte **Herr Dr. von Teichman** einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Zurückweisung der Beschlussvorlage an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz.

Der Antrag auf Zurückweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz wurde mit einer Ja-Stimme, 7 Nein-Stimmen und 5 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wurde über den Antrag der Gruppe CDU/WBV abgestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt, den Operationsbereich des städtischen Ordnungsdienstes auf den Bereich Bismarckstraße, zwischen Rathausplatz und Banter Weg sowie – während der Saison (Mai bis einschließlich September) – auf die Promenade am Südstrand und den dortigen Deichverteidigungsweg auszuweiten.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob die personelle Ausstattung des Ordnungsdienstes grundsätzlich und vor dem Hintergrund der zusätzlichen Aufgaben ausreichend ist. Ggf. sind seitens der Verwaltung die fehlenden erforderlichen Stellen incl. ggf. neueinzustellenden zusätzlichen Personals zu beantragen.

Begründung:

Die Ausdehnung des Operationsbereichs des städtischen Ordnungsdienstes sowie die zu diesem Zwecke ggf. erforderlichen Aufstockung des im Ordnungsdienst der Stadt eingesetzten Personals ist zur Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr (z. B. Parken im absoluten Halteverbot auf der Bismarckstraße) und zum Schutz der Bürger vor Verkehrsgefährdungen (z. B. Radfahren auf der Südstrandpromenade) erforderlich.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **108/2020**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich bei allen Spendern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Zuwender/in	Betrag	Empfänger/Verwendungszweck
1. Soroptimisten Club Wilhelmshaven	1.000,00 €	Geldspende für den Besuchsdienst der Altenhilfe Wilhelmshaven
2. Der Spender möchte anonym bleiben	2.000,00 €	Technische Betriebe Wilhelmshaven, Outdoor Tischtennisplatte Spielplatz Werdumer Straße
3. Herr Jörg Sieberns, Neuender Reihe 29, 26389 Wilhelmshaven	1.200,00 €	Geldspende an den Besuchsdienst der Altenhilfe der Stadt Wilhelmshaven

6 Mitteilungen und Anfragen6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung6.1.1 Sachstand Wilhelmshavener Soforthilfen Corona

Herr Oberbürgermeister Feist informierte, dass bisher 211 Anträge auf Soforthilfe eingegangen seien. Es wurden bereits 160 Anträge bewilligt und rund 885.000 € ausgezahlt, 31 Anträge seien derzeit noch in Bearbeitung und 20 Anträge wurden zurückgezogen beziehungsweise abgelehnt. Insgesamt wurden bisher 1,055 Mio. € zugesagt oder ausgezahlt, es können daher noch Anträge eingehen. Die Anträge kamen überwiegend von Solo- und Kleinunternehmen, dies entspricht dem ursprünglichen Ziel der Soforthilfen. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft werde wieder über den Sachstand der Soforthilfen informiert.

6.2 Information finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie

Herr Müller teilte mit, dass die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie noch ungewiss seien. Bezüglich der Gewerbesteuer seien Anträge auf Herabsetzungen und Stundungen gestellt worden, diese werden aktuell direkt bearbeitet und hier lägen keine Rückstände vor.

Die Gewerbesteuereinnahmen liegen aktuell bei 21 Mio. € und damit 9 Mio. € unter dem geplanten Ertrag. Der Anteil der Stadt Wilhelmshaven an der Einkommenssteuer sinkt um 3,1 Mio. €, der Anteil an der Umsatzsteuer steigt dagegen um 0,5 Mio. €. Diese Steuereinnahmen werden voraussichtlich auch in den Folgejahren rückläufig sein.

Durch die Schließung der Spielhallen sind 0,5 Mio. € Vergnügungssteuer weggefallen.

Seit Anfang der Pandemie werde innerhalb der Kernverwaltung eine Haushaltsüberwachungsliste über die finanziellen Auswirkungen der Pandemie geführt. Daraus ist ersichtlich, dass aktuell 1,6 Mio. € Mehraufwendungen angefallen sind. Außerdem sind z.B. durch die Schließung des Bürgeramtes Einnahmeverluste zu verzeichnen.

Zusätzlich fallen in den Eigenbetrieben und Gesellschaften Mehraufwendungen an. Unter anderem beim Eigenbetrieb GGS für die zusätzlichen Reinigungen und bei den Stadtwerken für den öffentlichen Personen- und Nahverkehr und aufgrund der Schließung des Schwimmbades.

Die Liquidität der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH sei gesichert, jedoch liegt bei der Gesellschaft ein gewisses Risiko bezüglich des Jahresergebnisses vor, da die Kompensationsleitungen des Bundes nach Prognose des Klinikums derzeit nicht ausreichen um die Mehraufwendungen aufzufangen.

In den Gesellschaften und Eigenbetrieben sei also mit weiteren 10 Mio. € Mehraufwendungen zu rechnen.

Momentan sei es nicht notwendig Liquiditätskredite aufzunehmen, die Stadt habe jedoch eine Berechtigung zur Aufnahme von Liquiditätskrediten in Höhe von 35 Mio. €.

Ein weiteres Risiko liegt beim Finanzausgleich vor, der eventuell 5 bis 6 Mio. € geringer ausfällt.

Eine finanzielle Unterstützung des Landes um die Folgen der Corona-Pandemie auszugleichen sei unbedingt notwendig.

Auf Nachfrage von **Frau Bakir** bezifferte **Herr Müller** die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Kernhaushalt zum jetzigen Zeitpunkt auf ca. 10,5 Mio. €.

Herr Oberbürgermeister Feist berichtete, dass ein Gespräch mit Frau Siemtje Möller stattgefunden habe und ihr unter anderem die Forderung auf Ausgleich der kommunalen Verluste durch die Corona-Pandemie für eine Diskussion im Bundestag mitgegeben worden sei.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 15:00 Uhr

Feist
Oberbürgermeister

Becker
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin